

Art. 9. - Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2019, met uitzondering van artikel 5, dat in werking treedt op 1 januari 2020.

Art. 10. - De minister bevoegd voor volwassenenonderwijs is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 5 december 2019.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
H. MOLLERS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/200480]

12. DEZEMBER 2019 — Erlass der Regierung über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, Artikel 12, 14, 18 § 1 und 45 Absatz 2;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 30. März 1973 zur Festlegung der gemeinsamen Regeln zur Berechnung der Tagespflegesätze, die für den Unterhalt, die Erziehung und die Pflege von Minderjährigen und Personen mit Behinderung, die zu Lasten der öffentlichen Hand untergebracht sind, gewährt werden;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 12. Dezember 1997 über die Organisation und den Zuschuss für Tagesstätten für Personen mit Behinderung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Februar 2014 zur Festlegung der Modalitäten für Rahmenabkommen zur Bezuschussung der Vereinigungen und Einrichtungen im Behindertenbereich;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 24. April 1973 zur Festlegung, was das Ministerium für Volksgesundheit und Familie betrifft, der besonderen Regeln, die zur Festsetzung der Tagespflegesätze zu befolgen sind, welche für den Unterhalt und die Betreuung von zu Lasten der öffentlichen Hand untergebrachten Personen mit Behinderung gewährt werden;

Aufgrund des Vorschlags des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 23. August 2019;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 19. September 2019;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 20. September 2019;

Aufgrund des Gutachtens 66.658/3 des Staatsrates, das am 19. November 2019 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 184/2019 der Datenschutzbehörde vom 29. November 2019;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Für die Anwendung vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
2. Dekret: das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
3. Dienstleister: die gemäß Artikel 12 des Dekrets anerkannten Dienste oder Einrichtungen, mit Ausnahme der Beschützenden Werkstätten im Sinne von Artikel 47 des Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten;
4. Leistungsvereinbarung: eine gemäß Artikel 14 § 2 des Dekrets zwischen der Dienststelle und einem Dienstleister abgeschlossene Vereinbarung;
5. Minister: der für Soziales zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
6. Person mit Unterstützungsbedarf: der in Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets erwähnte Nutznießer.

Art. 2 - Vorliegender Erlass ist ausschließlich anwendbar auf Dienstleister, die eine Leistungsvereinbarung mit der Dienststelle abschließen bzw. abgeschlossen haben.

Art. 3 - Die Dienststelle kann mit Dienstleistern Leistungsvereinbarungen von mindestens einem bis höchstens fünf Jahren abschließen.

Art. 4 - § 1 - Zwecks Abschluss einer Leistungsvereinbarung erbringt der Dienstleister mindestens eine der in Artikel 12 des Dekrets genannten Unterstützungsmaßnahmen, so wie diese in den Paragraphen 2-7 näher präzisiert werden.

§ 2 - Die in Artikel 12 Nummer 1 des Dekrets genannten therapeutischen Angebote gewährleisten mindestens:

1. eine zielgruppenspezifische, ganzheitliche und transdisziplinäre Arbeitsweise;
2. die Anwendung diagnostischer Verfahren;
3. die Durchführung einer individuellen und zeitlich begrenzten therapeutischen Begleitung;
4. die Einbeziehung der sozio-familiären Umgebung in die therapeutische Begleitung.

Handelt es sich um ein Angebot der Frühförderung, bietet der Dienstleister zudem eine psycho-soziale Unterstützung und Begleitung an.

§ 3 - Die in Artikel 12 Nummer 2 des Dekrets genannten einrichtungsgebundenen Wohnformen gewährleisten mindestens:

1. familienähnliche Wohnstrukturen in möglichst kleinen Gruppen;
2. individuelle Schlafzimmer;
3. Hygiene, Pflege sowie paramedizinische und medizinische Versorgung;
4. bedarfsgerechte Mahlzeiten zu den üblichen Zeiten;
5. eine Nachtwache;
6. psycho-soziale Unterstützung und Begleitung;
7. Aktivitäten, die den Interessen und den Zielen aus dem Unterstützungsplan der Person mit Unterstützungsbedarf entsprechen, einschließlich:
 - a) der Förderung der Teilhabe und Beteiligung am gemeinschaftlichen Zusammenleben;
 - b) der Inklusion der Bewohner in die Gesellschaft;
 - c) der Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe der Bewohner;
8. den Personentransport zwischen der Dienstleistung und externen Aktivitäten;
9. Angebote im Sinne von Paragraf 5.

§ 4 - Die in Artikel 12 Nummer 3 des Dekrets genannten einrichtungsgebundene Beschäftigungsformen sind:

1. Dienste der Tagesbeschäftigung oder;
2. spezialisierte Beschäftigungsformen.

Die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Dienste der Tagesbeschäftigung gewährleisten mindestens:

1. die Aktivierung und Aktivitäten zur sozial-beruflichen und kulturellen Inklusion der Person mit Unterstützungsbedarf in die Gesellschaft;
2. Beschäftigungsangebote, die überwiegend nicht dem direkten Wettbewerb ausgesetzt sind;
3. die Pflege, Begleitung und psycho-soziale Unterstützung;
4. eine tägliche warme Mahlzeit;
5. eine Orientierung hin zu sozial-beruflichen Vorbereitungs- und Qualifizierungsprojekten, Ausbildungspraktika außerhalb der Einrichtung sowie Ausbildungen in einer Beschützenden Werkstätte;
6. den Personentransport zwischen dem gewöhnlichen Aufenthaltsort der Person und der Dienstleistung sowie zwischen der Dienstleistung und externen Aktivitäten.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten spezialisierten Beschäftigungsformen gewährleisten mindestens:

1. eine Beschäftigung auf Grundlage des Erlasses der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess, des Erlasses der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung oder des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum;
2. Beschäftigungsangebote, deren Produkte dem direkten Wettbewerb ausgesetzt sind;
3. die Begleitung einer definierten Zielgruppe;
4. angemessene und angepasste Arbeitsbedingungen und Arbeitsmittel, einschließlich einer kleinen Gruppengröße;
5. kontinuierliche Schulung der Person mit Unterstützungsbedarf;
6. Begleitung und psycho-soziale Unterstützung.

§ 5 - Die in Artikel 12 Nummer 4 des Dekrets genannten Unterstützungs- und Entlastungsangebote gewährleisten mindestens:

1. die Begleitung einer definierten Zielgruppe in möglichst kleinen Gruppen;
2. die Hygiene und Pflege;
3. bedarfsgerechte Mahlzeiten zu den üblichen Zeiten;
4. eine Nachtwache und Schlafzimmer mit höchstens zwei Betten insofern Übernachtungen angeboten werden;
5. eine psycho-soziale Unterstützung und Begleitung;
6. den Personentransport zwischen den Standorten und den Aktivitäten;
7. Aktivitäten, die den Interessen und den Zielen aus dem Unterstützungsplan der Person mit Unterstützungsbedarf entsprechen, einschließlich:
 - a) der Förderung der Teilhabe und Beteiligung am gemeinschaftlichen Zusammenleben;
 - b) der Inklusion der Bewohner in die Gesellschaft;
 - c) der Förderung der Selbstbestimmung und Teilhabe der Person mit Unterstützungsbedarf;
8. insofern die Leistungsvereinbarung dies vorsieht:
 - a) den Personentransport von Sammelpunkten zur Dienstleistung und zurück;
 - b) einer der Zielgruppe angepassten Beschäftigung;
 - c) fachliche Unterstützung anderer Dienstleister in Bezug auf die begleiteten Personen.

§ 6 - Die in Artikel 12 Nummer 5 des Dekrets genannten Angebote im Bereich der Selbsthilfe, Selbstbestimmung, Bewusstseinsbildung, Freizeit und Bildung sind als inklusive Angebote konzipiert. Der Dienstleister bietet hierzu angemessene Vorkehrungen im Sinne von Artikel 3 Nummer 9 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung an.

Die Personen mit Unterstützungsbedarf sind mehrheitlich in den Entscheidungsgremien des Dienstleisters stimmberechtigt.

§ 7 - Für die Anwendung dieses Erlasses gewährleisten die in Artikel 12 Nummer 6 des erwähnten Dekrets spezialisierten Angebote im Bereich der Personenbeförderung einen individuell angepassten Personentransport für Personen mit Unterstützungsbedarf, für die die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel oder anderer von privaten Gesellschaften organisierte Transporte nicht möglich sind.

Art. 5 - Die Dienststelle genehmigt die Inanspruchnahme der in Artikel 12 Nummer 2-4 des Dekrets genannten Dienstleistungen vor Beginn aufgrund der gemäß Artikel 7 des Dekrets erstellten Bedarfsermittlung und des Unterstützungsplans.

Art. 6 - Die Dienstleister richten ein Qualitätsmanagementsystem ein. Dieses umfasst alle Dienstleistungen des betroffenen Dienstleisters.

Die Anforderungen an das Qualitätsmanagementsystem werden in der Leistungsvereinbarung mindestens unter Berücksichtigung der zu erbringenden Dienstleistungen und des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dessen Fakultativprotokoll, geschehen zu New York am 13. Dezember 2006, festgehalten.

KAPITEL 2 — ERSTELLUNG DER LEISTUNGSVEREINBARUNG

Art. 7 - Vor dem Abschluss einer Leistungsvereinbarung führt die Dienststelle in Absprache mit dem betroffenen Dienstleister eine Auswertung seiner Tätigkeiten und Funktionsweise durch.

Diese Auswertung umfasst eine Analyse des derzeitigen Angebots des Dienstleisters, des zukünftigen Dienstleistungsbedarfs, der Zufriedenheit der Person mit Unterstützungsbedarf sowie gegebenenfalls der Umsetzung der vorherigen Leistungsvereinbarung.

Art. 8 - Der Dienstleister übermittelt der Dienststelle spätestens zum 1. Juni jeden Jahres bei gleichbleibendem Auftrag eine Schätzung der Kosten und Einnahmen für das darauffolgende Jahr. Diese wird ergänzt um eine Übersicht eventueller Neuerungen in Bezug auf die Dienstleistungen.

Art. 9 - Im Rahmen der in Anwendung von Artikel 7 durchgeführten Auswertung erstellt die Dienststelle als Arbeitsgrundlage für die Verhandlungen mit dem Dienstleister einen Entwurf der Leistungsvereinbarung.

Art. 10 - In Ermangelung des Abschlusses einer Leistungsvereinbarung zum Zeitpunkt der Feststellung des Ursprungshaushalts der Dienststelle kann die Dienststelle mit Einverständnis des betroffenen Dienstleisters auf Grundlage der Inhalte der vorherigen Leistungsvereinbarung übergangsweise die Aufgaben, Maßnahmen und Leistungen bis zu einer Höchstdauer von 6 Monaten festlegen.

Bei Abschluss der Leistungsvereinbarung ersetzt diese unmittelbar und von Rechtswegen die gemäß Absatz 1 durch die Dienststelle festgelegten Maßnahmen.

KAPITEL 3 — INHALT DER LEISTUNGSVEREINBARUNG

Art. 11 - Die Leistungsvereinbarung legt auf Grundlage der in Ausführung von Artikel 7 durchgeführten Auswertung mindestens folgende Aspekte fest:

1. die Angabe, welche der in Artikel 4 erwähnten Dienstleistungen erbracht wird;
2. das zu befolgende Verfahren für die Inanspruchnahme der Dienstleistung;
3. die Modalitäten der Zusammenarbeit mit der Dienststelle;
4. die Art und die zu nutzende Form der für die Bezuschussung erforderlichen Dokumentation;
5. der Dienstleistungsumfang;
6. die Höhe der Bezuschussung;
7. die Eigenbeteiligung der Person mit Unterstützungsbedarf;
8. die Auszahlungs- und Rückforderungsmodalitäten;
9. die Auswertung.

Art. 12 - § 1 - Die Leistungsvereinbarung legt, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, den Höchstzuschuss der Dienststelle fest, der durch die Ausführung der Leistungsvereinbarung entsteht.

Die Zuschusshöhe wird unter Berücksichtigung der möglichen Einnahmen und der zu erwartenden Kosten für die Dienstleistungen festgelegt. Einnahmen aus Spenden und Einnahmen seitens der Gemeinden werden nicht berücksichtigt. Einnahmen aufgrund von Tätigkeiten, die keinen direkten oder indirekten Bezug zu den in Anwendung dieses Erlasses bezuschussten Tätigkeiten haben, werden in der Leistungsvereinbarung ausdrücklich definiert und ebenfalls nicht berücksichtigt.

§ 2 - Der Zuschuss wird nach Prüfung der in Artikel 18 genannten Dokumente, die sich auf das Jahr der Leistungsvereinbarung beziehen, ausgezahlt. Die Auszahlung geschieht spätestens zum 30. Juni des Folgejahres des Jahres, auf das sich die Leistungsvereinbarung bezieht.

§ 3 - Die Dienststelle kann einen in der Leistungsvereinbarung gesondert ausgewiesenen Teil des Zuschusses im Laufe des Jahres zahlen, auf das sich die Leistungsvereinbarung bezieht. Die diesbezüglichen Auszahlungs- und Verrechnungsmodalitäten des Zuschusses werden in der Leistungsvereinbarung festgelegt.

§ 4 - Zwecks Zuordnung der im Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Gehaltstabellen werden die für die Anwendung des vorliegenden Erlasses geltenden Funktionen und Zugangsbedingungen im Anhang präzisiert.

Art. 13 - Die Eigenbeteiligungsregelung der begleiteten Person mit Unterstützungsbedarf für die vereinbarte Dienstleistung wird entsprechend den im Erlass der Regierung vom 17. Dezember 2009 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung festgelegten Bestimmungen in der Leistungsvereinbarung definiert.

KAPITEL 4 — GEHALTSZAHLUNG DURCH DIE DIENSTSTELLE

Art. 14 - Die Dienststelle zahlt an Personalmitglieder der Dienstleister, die der Paritätischen Kommission 319.02 für Erziehungs- und Unterbringungseinrichtungen und -dienste der Französischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterliegen, die Löhne direkt aus. Sie zahlt ebenfalls die damit einhergehenden Lohnnebenkosten direkt an die entsprechenden primären Kreditoren aus.

Art. 15 - Die Berechnung und Auszahlung erfolgt in Anwendung der im Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Personalzuschüsse, zuzüglich der Beträge, die aus den anwendbaren Tarifabkommen sowie betriebsinternen Regelungen hervorgehen.

Art. 16 - Innerhalb einer in der Leistungsvereinbarung festgelegten Frist, jedoch spätestens zum 30. Juni des Folgejahres, zahlt der Dienstleister die in Artikel 14 genannten Ausgaben vollständig zurück.

Art. 17 - § 1 - Zwecks Berechnung und Auszahlung der Löhne verarbeitet die Dienststelle folgende die Personalmitglieder der in Artikel 14 erwähnten Dienstleister betreffenden Daten:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnort, Nationalregisternummer, Nationalität(en);
2. Kopie des Personalausweises;
3. das Vorhandensein einer eventuellen Behinderung;
4. Zivilstand und Familienzusammensetzung;
5. Anzahl der Personen zu Lasten, ihr Sozialstatut und Angaben über das Vorhandensein einer eventuellen Behinderung;
6. Einkommenssituation des Partners, sein Sozialstatut und Angaben über das Vorhandensein einer eventuellen Behinderung;
7. Identifizierung des Dienstleisters;
8. Arbeitsvertrag;
9. Datum des Dienstantritts;
10. Arbeitsbescheinigungen;
11. anwendbare Arbeitszeitregelung;
12. anwendbare Funktion gemäß dem Anhang des vorliegenden Erlasses und dem Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich;
13. Jahresbruttogehalt;
14. Angaben zum genutzten Fortbewegungsmittel für den Weg zwischen Wohnort und Arbeitsplatz;
15. erlangte Diplome, Abschlüsse oder andere Qualifizierungen;
16. Anzahl tatsächlicher monatlich geleisteter und bezahlter Arbeitstage oder Arbeitsstunden und der begründeten Abwesenheiten;
17. Angaben über Art und Höhe aller übrigen öffentlichen Lohnzuschüsse und Fremdfinanzierungen;
18. Angaben zur Krankenkasse, bei der das Personalmitglied angeschlossen ist;
19. Angaben zur betriebsmedizinischen Untersuchung;
20. Angaben im Falle eines Arbeitsunfalls;
21. Name der Bank und Bankkontonummer.

Die Dienstleister übermitteln der Dienststelle die in Absatz 1 erwähnten Daten auf Anfrage.

Die Dienststelle und die Dienstleister handeln für die Anwendung von Absatz 1 als gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortliche.

§ 2 - Die in Paragraph 1 erwähnten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, während höchstens 10 Jahren nach dem Ableben des betreffenden Personalmitglieds aufbewahrt.

KAPITEL 5 — KONTROLLBESTIMMUNGEN

Art. 18 - Der Dienstleister übermittelt der Dienststelle spätestens zum 15. Mai des Folgejahres:

1. eine Jahresabrechnung, eine Ergebnisrechnung und eine Saldenbilanz;
2. einen Jahresbericht des Dienstleisters.

Der Dienstleister gewährt der Dienststelle auf Anfrage Einsicht in alle Buchhaltungsunterlagen, die in Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung stehen.

Der Dienstleister informiert die Dienststelle innerhalb eines Monats nach Beschlussfassung über alle Änderungen bezüglich der Vollmachten, diese Leistungsvereinbarung zu unterzeichnen.

KAPITEL 6 — FOLGEN DER NICHT-EINHALTUNG DER LEISTUNGSVEREINBARUNG UND ENDE DER LEISTUNGSVEREINBARUNG

Art. 19 - Wenn die Dienststelle feststellt, dass der Dienstleister eine oder mehrere der im Dekret, im vorliegenden Erlass oder in der Leistungsvereinbarung aufgeführten Verpflichtungen nicht einhält oder gegen deren Bestimmungen verstößt, setzt die Dienststelle den Dienstleister in Verzug, diesen Verpflichtungen innerhalb einer von ihr festgelegten Frist nachzukommen und innerhalb von 30 Tagen ab der Inverzugsetzung Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen.

Art. 20 - Kommt der Dienstleister nach der in Artikel 19 erwähnten Inverzugsetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Dienststelle die Auszahlung der Zuschüsse vollständig oder teilweise aus.

Vor der Aussetzung teilt die Dienststelle dem betroffenen Dienstleister per Einschreiben ihre Absicht mit. Der Dienstleister kann bei der Dienststelle innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Die Dienststelle entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme bzw. nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung der Auszahlung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Dienstleister unverzüglich übermittelt.

Art. 21 - Kommt der Dienstleister nach Ablauf der Dauer der in Artikel 20 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, löst der Minister nach einem Gutachten der Dienststelle die Leistungsvereinbarung auf und/oder fordert erforderlichenfalls gezahlte Zuschüsse für nicht erbrachte Leistungen zurück.

Vor der Auflösung bzw. Rückforderung teilt der Minister dem betroffenen Dienstleister per Einschreiben seine Absicht mit. Der Dienstleister kann beim Minister innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Stellungnahme bzw. nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Auflösung bzw. Rückforderung.

Dieser Beschluss wird dem betroffenen Dienstleister unverzüglich übermittelt.

Art. 22 - Beabsichtigt der Dienstleister die Dienstleistung nicht länger zu erbringen, informiert dieser die Dienststelle schriftlich mindestens 12 Monate vor dem beabsichtigten Ende der Dienstleistungserbringung.

KAPITEL 7 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 23 - Werden aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 30. März 1973 zur Festlegung der gemeinsamen Regeln zur Berechnung der Tagespflegesätze, die für den Unterhalt, die Erziehung und die Pflege von Minderjährigen und Personen mit Behinderung, die zu Lasten der öffentlichen Hand untergebracht sind, gewährt werden, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. Januar 2019;

2. der Erlass der Regierung vom 12. Dezember 1997 über die Organisation und den Zuschuss für Tagesstätten für Personen mit Behinderung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. Januar 2019;

3. der Erlass der Regierung vom 20. Februar 2014 zur Festlegung der Modalitäten für Rahmenabkommen zur Bezuschussung der Vereinigungen und Einrichtungen im Behindertenbereich, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 31. Januar 2019 und vom 27. Juni 2019;

4. der Ministerielle Erlass vom 24. April 1973 zur Festlegung, was das Ministerium für Volksgesundheit und Familie betrifft, der besonderen Regeln, die zur Festsetzung der Tagespflegesätze zu befolgen sind, welche für den Unterhalt und die Betreuung von zu Lasten der öffentlichen Hand untergebrachten Personen mit Behinderung gewährt werden, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 5. Mai 1995.

Art. 24 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Art. 25 - Der für Soziales zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt. Eupen, den 12. Dezember 2019

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

Anhang zum Erlass der Regierung vom 12. Dezember 2019 über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen

Zuweisung der in Anhang 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalausweise im Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Gehaltstabellen

Funktion	Zugangsbedingung/ Diplomvoraussetzung	Nr. der Gehaltstabelle
A. Erzieherpersonal		
Erzieher(in) Klasse I	Die Inhaber eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung des Hochschulwesens, mindestens Vollzeitunterricht kurzer Zyklus, bzw. Fortbildungsunterricht kurzer Zyklus, Fachrichtung Pädagogik, Psychologie, Soziales oder Paramedizin.	13
Erzieher(in) der Klasse II A	Die Inhaber folgender Diplome: - eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung der oberen Sekundarstufe in den Fachrichtungen Pädagogik, Soziales, Paramedizin oder Erziehung; - eines Krankenpflegerbrevets; - eines über Fortbildung oder Zusatzausbildung erhaltenes gleichwertiges Diplom in den angegebenen Fachrichtungen; - abgeschlossene modulare Zusatzausbildung der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben	8

Funktion	Zugangsbedingung/ Diplomvoraussetzung	Nr. der Gehaltstabelle
A. Erzieherpersonal		
Mitarbeiter(innen) mit erzieherischen Funktionen	Die modulare Zusatzausbildung der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben abgeschlossen haben.	8
Erzieher(in) der Klasse II B	Inhaber eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung der oberen Sekundarstufe (allgemeine oder technische Ausbildung). Die Tätigkeit als Erzieher darf nicht länger als 5 aufeinanderfolgende Jahre ausgeübt werden. Während dieser Frist muss der Mitarbeiter entweder an der Modularen Zusatzausbildung oder an einer Ausbildung teilzunehmen, um die Qualifizierung als Erzieher Klasse II A oder I A zu erlangen, teilnehmen.	8
Erzieher(in) Klasse III	Die Inhaber eines der folgenden Titel: - Diplom oder Zertifikat der unteren Sekundarstufe (allgemeine oder technische Ausbildung); - Brevet, Zertifikat oder Abgangsbescheinigung der oberen beruflichen Sekundarstufe (mit Erfolg beendet); - Zertifikat für Krankenwärter oder Brevet Krankenhausangestellte(r) oder Brevet Assistent in Krankenhauspflege	7
Cheferzieher(in)	Inhaber eines Bachelordiploms in den Bereichen Pädagogik, Psychologie, Soziologie oder Paramedizin und müssen während 3 Jahren erzieherische Tätigkeiten in Einrichtungen für Personen mit Unterstützungsbedarf ausgeübt haben. Diese Stelle kann ausschließlich von der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben gewährt werden, wenn die erzieherischen Tätigkeiten der Einrichtung auch in einer Nebenstelle, bzw. in einem besonderen Projekt ausgeübt werden.	13 bis
B. Direktionspersonal		
Leiter(in), bzw. Verantwortliche(r)	Ein Bachelor- oder Graduatdiplom in eines der in A oder D angeführten Bereichen.	14
Leiter(in)/Master	Ein Master- oder Lizentiatdiplom in den D angeführten Bereichen.	16
C. Verwaltungs- und Unterhaltspersonal		
Verwaltungskraft	Inhaber eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung der unteren Sekundarstufe (allgemeine oder technische Ausbildung)	4
Sachbearbeiter(in)	Inhaber eines -Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung der oberen Sekundarstufe (allgemeine oder technische Ausbildung) - Bescheinigung des Arbeitsamtes über die erfolgreiche Teilnahme an der Ausbildung zur polyvalenten Bürokräft - Gesellenbriefs als Speditionskaufmann	5

Funktion	Zugangsbedingung/ Diplomvoraussetzung	Nr. der Gehaltstabelle
A. Erzieherpersonal		
Buchhalter(in) 2. Klasse	Inhaber - eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung der oberen Sekundarstufe (allgemeine oder technische Ausbildung), Fachrichtung Handel; - einer Bescheinigung des Arbeitsamtes über die erfolgreiche Teilnahme an der Ausbildung zum Hilfsbuchhalter; - eines Gesellenbriefes als Buchhalter	6
Unterhaltsarbeiter(in):	Arbeiter ohne Qualifizierung,	2
Qualifizierte(r) Unterhaltsarbeiter(in)	Arbeiter mit Berufserfahrung, ohne Abschlussdiplom oder Abgangsbescheinigung	2
Erste(r) Facharbeiter(in)	Qualifizierter Arbeiter als - Inhaber eines Abschlussdiploms oder einer Abgangsbescheinigung (aus der hervorgeht, dass der Studiengang bestanden wurde) der oberen Sekundarstufe (berufliche oder technische Ausbildung); - Inhaber eines Gesellenbriefes der mittelständischen Ausbildung - Inhaber eines Praktikerzertifikats der mittelständischen Ausbildung mit 3 Jahren einschlägiger Berufserfahrung; Qualifizierter Unterhaltsarbeiter bei entsprechender Eignung: - mit mindestens 5 Jahren innerbetrieblicher einschlägiger Berufserfahrung; - mit mindestens 10 Jahren einschlägiger Berufserfahrung	3
D. Besondere Funktionen		
Sozialarbeiter(in)/Sozialassistent(in)	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Krankenpfleger(in) A2	Inhaber eines Krankenpflegerbrevets	11
Krankenpfleger(in) A1	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Kinesitherapeut(in)	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Logopäd(in)e	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Ergotherapeut(in)	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Assistent(in) in Psychologie	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Therapeut(in) in Psychomotorik	Graduat oder Bachelor in diesem Bereich	13
Kinderpfleger(in)	Diplom in diesem Bereich oder Kindergartenassistent oder Kinderbetreuer	8
Familien- u. Sanitätshelfer(in)	Diplom in diesem Bereich	8
Familien- u. Seniorenhelfer(in)	Diplom in diesem Bereich	8
Pflegehelfer(in)	Diplom in diesem Bereich	8
Master in Psychologie	Master- oder Lizenziatdiplom	15
Master in Pädagogik	Master- oder Lizenziatdiplom	15
Master in Kinesitherapie	Master- oder Lizenziatdiplom	15
Master in Soziologie	Master- oder Lizenziatdiplom	15

Funktion	Zugangsbedingung/ Diplomvoraussetzung	Nr. der Gehaltstabelle
A. Erzieherpersonal		
Master in Logopädie	Master- oder Lizenzdiplom	15
Allgemeinmediziner(in)	Inhaber eines Doktordiploms in Medizin, Chirurgie und Entbindung	17
Facharzt(ärztin)	Inhaber eines Doktordiploms in Medizin, Chirurgie und Entbindung sowie einer Spezialisierung, welche entsprechend des Gutachtens der Kommission zur Anerkennung der Fachärzte erforderlich ist	18

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 12. Dezember 2019 über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen beigefügt zu werden.

Eupen, den 12. Dezember 2019

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/200480]

12 DECEMBRE 2019. — Arrêté du Gouvernement relatif aux conventions de prestations conclues entre l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée et les prestataires

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, les articles 12, 14, 18, § 1^{er}, et 45, alinéa 2;

Vu l'arrêté royal du 30 mars 1973 déterminant les règles communes à suivre pour fixer les subventions journalières allouées pour l'entretien, l'éducation et le traitement des mineurs d'âge et des handicapés placés à charge des pouvoirs publics;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 12 décembre 1997 relatif à l'organisation et au subventionnement des centres de jour pour personnes handicapées;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 février 2014 fixant les modalités pour les conventions-cadres relatives à la subsidiation des associations et établissements actifs dans le secteur des personnes handicapées;

Vu l'arrêté ministériel du 24 avril 1973 déterminant, en ce qui concerne le Ministère de la Santé publique et de la Famille, les règles particulières à suivre pour fixer les subventions journalières allouées pour l'entretien et le traitement des handicapés placés à charge des pouvoirs publics;

Vu l'avis du Conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, donné le 23 août 2019;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 19 septembre 2019;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 20 septembre 2019;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 66.658/3, donné le 19 novembre 2019, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Vu l'avis n° 184/2019 donné le 29 novembre 2019 par l'Autorité de protection des données;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{ER}. — DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 1^{er}. - Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° Office : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

2° décret : le décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

3° prestataires : les services ou établissements agréés conformément à l'article 12 du décret, à l'exception des ateliers protégés au sens de l'article 47 de l'arrêté royal du 5 juillet 1963 concernant le reclassement social des handicapés;

4° convention de prestations : une convention conclue entre l'Office et un prestataire conformément à l'article 14, § 2, du décret;

5° Ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent en matière de Santé;

6° personne dépendante : le bénéficiaire mentionné à l'article 3, 3°, du décret.

Art. 2. - Le présent arrêté s'applique exclusivement aux prestataires qui concluent ou ont conclu une convention de prestations avec l'Office.

Art. 3. - L'Office peut conclure avec les prestataires des conventions de prestations dont la durée est d'un an au moins et cinq ans au plus.

Art. 4. - § 1^{er} - Pour conclure une convention de prestations, le prestataire fournit au moins l'une des mesures de soutien mentionnées à l'article 12 du décret, telles que précisées dans les paragraphes 2 à 7.

§ 2 - Les offres thérapeutiques mentionnées à l'article 12, 1^o, du décret garantissent au moins :

- 1^o un fonctionnement ciblé, global et interdisciplinaire;
- 2^o l'application de procédures diagnostiques;
- 3^o la mise en œuvre d'un accompagnement thérapeutique individuel et temporaire;
- 4^o l'implication de l'environnement socio-familial dans l'accompagnement thérapeutique.

S'il s'agit d'une offre de soutien précoce, le prestataire offre en outre un soutien et un accompagnement psychosocial.

§ 3 - Les formes de logement en institution mentionnées à l'article 12, 2^o, du décret garantissent au moins :

- 1^o des structures d'habitat de type familial, en groupes aussi petits que possible;
- 2^o des chambres à coucher individuelles;
- 3^o l'hygiène et les soins, tant paramédicaux que médicaux;
- 4^o des repas adaptés aux besoins, distribués aux heures habituelles;
- 5^o une garde de nuit;
- 6^o un soutien et un accompagnement psychosocial;

7^o des activités qui correspondent aux centres d'intérêts et objectifs figurant dans le plan de soutien de la personne dépendante, y compris :

- a) la promotion de la participation à la vie communautaire;
- b) l'intégration des résidents dans la société;
- c) la promotion de l'autodétermination et de la participation des habitants;
- 8^o le transport des personnes entre la prestation de services et des activités externes;
- 9^o des offres au sens du paragraphe 5.

§ 4 - Les formes d'emploi en institution mentionnées à l'article 12, 3^o, du décret sont :

- 1^o des services d'occupation de jour ou
- 2^o des formes d'occupation spécialisées.

Les services d'occupation de jour mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 1^o, garantissent au moins :

1^o l'activation et les activités visant l'insertion socio-professionnelle et culturelle de la personne dépendante dans la société;

- 2^o des offres d'emploi qui, pour la plupart, ne sont pas exposées à la concurrence directe;
- 3^o les soins, l'accompagnement et le soutien psychosocial;
- 4^o un repas chaud chaque jour;

5^o une orientation sur le plan socio-professionnel vers des projets de préparation et de qualification, des stages de formation en dehors de l'institution et des formations dans un atelier protégé;

6^o le transport des personnes entre leur résidence habituelle et la prestation de services, ainsi qu'entre la prestation de services et des activités externes.

Les formes d'occupation spécialisées mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2^o, garantissent au moins :

1^o un emploi sur la base de l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées, de l'arrêté du Gouvernement du 28 novembre 1995 relatif aux stages de réadaptation professionnelle pour handicapés ou de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation;

- 2^o des offres d'emploi dont les produits sont exposés à la concurrence directe;
- 3^o l'accompagnement d'un groupe cible défini;
- 4^o des conditions et équipements de travail adéquats et adaptés, y compris un groupe de taille réduite;
- 5^o la formation continue de la personne dépendante;
- 6^o l'accompagnement et le soutien psychosocial.

§ 5 - Les offres de soutien ou de répit mentionnées à l'article 12, 4^o, du décret garantissent au moins :

- 1^o l'accompagnement d'un groupe cible défini, en groupes aussi petits que possible;
- 2^o l'hygiène et les soins;
- 3^o des repas adaptés aux besoins, distribués aux heures habituelles;
- 4^o une garde de nuit et des chambres à coucher avec au maximum deux lits, dans la mesure où l'hébergement est proposé;
- 5^o un soutien et un accompagnement psychosocial;
- 6^o le transport des personnes entre les implantations et les activités;

7^o des activités qui correspondent aux centres d'intérêts et objectifs figurant dans le plan de soutien de la personne dépendante, y compris :

- a) la promotion de la participation à la vie communautaire;

- b) l'intégration sociale des résidents;
- c) la promotion de l'autodétermination et de la participation de la personne dépendante;
- 8° dans la mesure où la convention de prestations le prévoit :
 - a) le transport des personnes, aller-retour, entre les points de rassemblement et la prestation;
 - b) un emploi adapté au groupe cible;
 - c) le soutien professionnel d'autres prestataires en ce qui concerne les personnes accompagnées.

§ 6 - Les offres en matière d'entraide, d'autodétermination, de conscientisation, de loisirs et de formation mentionnées à l'article 12, 5°, du décret sont conçues en tant qu'offres inclusives. Le prestataire prend, à cet égard, des dispositions appropriées, au sens de l'article 3, 9 du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination.

Les personnes dépendantes sont majoritaires dans les instances décisionnelles du prestataire et y ont le droit de vote.

§ 7 - Pour l'application du présent arrêté, les offres spécialisées en matière de transport de personnes mentionnées à l'article 12, 6°, du décret garantissent un transport individuel adapté pour les personnes dépendantes pour lesquelles l'utilisation des transports publics ou d'autres transports organisés par des sociétés privées n'est pas possible.

Art. 5. - L'Office autorise le recours aux prestations visées à l'article 12, 2° à 4°, du décret avant leur début, sur la base de l'analyse des besoins établie conformément à l'article 7 du décret et du plan de soutien.

Art. 6. - Les prestataires mettent en place un système de gestion de la qualité. Ce système couvre tous les services du prestataire concerné.

Les exigences relatives au système de gestion de la qualité sont fixées dans la convention de prestations en tenant compte au moins de la nature des services fournis et de la Convention relative aux droits des personnes handicapées, ainsi que de son protocole facultatif, faits à New York, le 13 décembre 2006.

CHAPITRE 2. — ÉTABLISSEMENT DE LA CONVENTION DE PRESTATIONS

Art. 7. - Avant de conclure une convention de prestations, l'Office évalue les activités et le fonctionnement du prestataire concerné en concertation avec lui.

Cette évaluation contient une analyse de l'offre actuelle du prestataire, des futurs besoins en prestations, de la satisfaction de la personne dépendante et, le cas échéant, de la mise en œuvre de la convention précédente.

Art. 8. - Si la mission reste la même, le prestataire transmet chaque année à l'Office, pour le 1^{er} juin au plus tard, une estimation des coûts et recettes pour l'année suivante. Cette dernière est accompagnée d'un aperçu reprenant d'éventuelles innovations au niveau des prestations de services.

Art. 9. - Dans le cadre de l'évaluation menée en application de l'article 7, l'Office établit un projet de convention de prestations comme base de travail pour les négociations menées avec le prestataire.

Art. 10. - À défaut de convention conclue au moment d'établir le budget initial de l'Office, celui-ci peut - moyennant l'accord du prestataire concerné - fixer de manière transitoire les missions, mesures et prestations pour une durée maximale de six mois en se basant sur le contenu de la convention précédente.

Lors de la conclusion de la convention de prestations, celle-ci remplace directement et de plein droit les mesures fixées par l'Office conformément à l'alinéa 1^{er}.

CHAPITRE 3. — CONTENU DE LA CONVENTION DE PRESTATIONS

Art. 11. - Sur la base de l'évaluation menée en exécution de l'article 7, la convention de prestations établit au moins les éléments suivants :

- 1° la mention des services qui, parmi ceux mentionnés à l'article 4, sont fournis;
- 2° la procédure à suivre pour recourir à la prestation de services;
- 3° les modalités relatives à la coopération avec l'Office;
- 4° la nature et la forme de la documentation requise à utiliser pour le subventionnement;
- 5° le volume de la prestation;
- 6° le montant du subsidie;
- 7° la participation personnelle de la personne dépendante;
- 8° les modalités de liquidation et de recouvrement;
- 9° l'évaluation.

Art. 12. - § 1^{er} - La convention de prestations établit, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le plafond du subsidie accordé par l'Office en raison de l'exécution de la convention de prestations.

Le montant du subsidie est fixé en tenant compte des recettes possibles et du coût escompté des prestations. Les recettes provenant de dons et celles émanant des communes ne sont pas prises en considération. Les recettes résultant d'activités qui ne sont pas directement ou indirectement liées aux activités subsidiées en application du présent arrêté sont explicitement définies dans la convention de prestations et ne sont pas non plus prises en considération.

§ 2 - Le subsidie est liquidé après examen des documents mentionnés à l'article 18 se rapportant à l'année de la convention de prestations. Le paiement s'effectue au plus tard le 30 juin de l'année suivant celle à laquelle se rapporte la convention de prestations.

§ 3 - L'Office peut liquider, au cours de l'année à laquelle se rapporte la convention de prestations, une partie du subsidie identifiée séparément dans ladite convention. La convention de prestations fixe les modalités pour la liquidation et le calcul du subsidie.

§ 4 - En vue de l'attribution des échelles de traitement fixées dans l'arrêté du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé, les fonctions et conditions d'accès valables pour l'application du présent arrêté sont précisées dans l'annexe.

Art. 13. - La participation personnelle due par la personne dépendante encadrée pour la prestation convenue est définie dans la convention de prestations conformément aux dispositions fixées dans l'arrêté du Gouvernement du 17 décembre 2009 fixant la participation personnelle dans les établissements et services de la Communauté germanophone pour personnes handicapées.

CHAPITRE 4. — LIQUIDATION DES TRAITEMENTS PAR L'OFFICE

Art. 14. - L'Office verse directement le salaire aux membres du personnel des prestataires relevant de la commission paritaire 319.02 pour les établissements et services d'éducation et d'hébergement de la Communauté française, de la Région wallonne et de la Communauté germanophone. Il verse en outre les frais salariaux connexes directement aux créanciers primaires correspondants.

Art. 15. - Le calcul et la liquidation s'opèrent en appliquant les subsides pour frais de personnel fixés dans l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé, en sus des montants résultant des conventions collectives ainsi que des dispositions réglementaires internes applicables.

Art. 16. - Dans un délai fixé dans la convention de prestations, au plus tard toutefois le 30 juin de l'année suivante, le prestataire rembourse entièrement les dépenses mentionnées à l'article 14.

Art. 17. - § 1^{er} - Aux fins de calcul et de liquidation des salaires, l'Office traite les données suivantes des membres du personnel des prestataires mentionnés à l'article 14 :

- 1° les nom, prénom, date et lieu de naissance, domicile, numéro de registre national, nationalité(s);
- 2° la copie de la carte d'identité;
- 3° l'existence d'un éventuel handicap;
- 4° l'état civil et la composition de ménage;
- 5° le nombre de personnes à charge, leur statut social et des informations relatives à l'existence d'un éventuel handicap;
- 6° les revenus du partenaire, son statut social et des informations relatives à l'existence d'un éventuel handicap;
- 7° l'identification du prestataire;
- 8° le contrat de travail;
- 9° la date de l'entrée en service;
- 10° les certificats de travail;
- 11° le régime de travail applicable;
- 12° la fonction applicable conformément à l'annexe au présent arrêté et à l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé;
- 13° le traitement annuel brut;
- 14° les informations relatives au moyen de locomotion utilisé pour effectuer le chemin entre le domicile et le lieu de travail;
- 15° les diplômes, attestations ou autres qualifications obtenus;
- 16° le nombre effectif de jours ou d'heures de travail prestés et rémunérés et d'absences justifiées;
- 17° les informations relatives à la nature et au montant de tous les autres subsides salariaux publics et financements externes;
- 18° les informations relatives à la mutualité à laquelle le membre du personnel est affilié;
- 19° les informations relatives à l'examen effectué par la médecine du travail;
- 20° les informations en cas d'accident de travail;
- 21° le nom de la banque et le numéro de compte en banque.

À la demande de l'Office, les prestataires lui transmettent les données mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Pour l'application de l'alinéa 1^{er}, l'Office et les prestataires agissent en tant que co-responsables du traitement.

§ 2 - Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, un délai de conservation plus long, les données mentionnés au paragraphe 1^{er} sont conservées pendant dix ans au plus après le décès du membre du personnel concerné.

CHAPITRE 5. — DISPOSITIONS RELATIVES AU CONTRÔLE

Art. 18. - Au plus tard le 15 mai de l'année suivante, le prestataire transmet à l'Office :

- 1° les comptes annuels, un compte de résultats et un bilan;
- 2° un rapport annuel d'activités.

Le prestataire de services accorde à l'Office, sur demande, l'accès à tous les documents comptables en lien avec la convention de prestations.

Dans le délai suivant la prise de décision, le prestataire informe l'Office de toutes les modifications concernant les procurations pour signer cette convention de prestations.

CHAPITRE 6. — CONSÉQUENCES DU NON-RESPECT DE LA CONVENTION DE PRESTATIONS ET CESSATION DE CELLE-CI

Art. 19. - Si l'Office constate que le prestataire ne respecte pas une ou plusieurs des obligations mentionnées dans le décret, le présent arrêté ou la convention de prestations ou enfreint leurs dispositions, il le met en demeure de s'y conformer dans un délai fixé par lui et de prendre position, dans un délai de trente jours, quant aux faits qui lui sont reprochés.

Art. 20. - Si le prestataire, après la mise en demeure mentionnée à l'article 19, ne respecte toujours pas les obligations, l'Office suspend, en tout ou partie, le versement des subsides.

Avant la suspension, l'Office communique son intention au prestataire concerné par lettre recommandée. Dans un délai de trente jours suivant l'envoi de la lettre d'intention, le prestataire peut introduire un avis motivé auprès de l'Office.

Dans les trente jours suivant la réception de cet avis ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, l'Office statue sur la suspension et sa durée.

Cette décision est notifiée sans délai au prestataire concerné.

Art. 21. - Si, au terme de la durée de suspension mentionnée à l'article 20, le prestataire continue à ne pas respecter les obligations, le Ministre peut - sur avis de l'Office - résoudre la convention de prestations et, si nécessaire, récupérer les subsides versés pour les prestations non fournies.

Avant la résolution ou la récupération, selon le cas, le Ministre communique son intention au prestataire concerné par lettre recommandée. Dans un délai de trente jours suivant l'envoi de la lettre d'intention, le prestataire peut introduire auprès du ministre un avis motivé.

Dans les trente jours suivant la réception de cet avis ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, selon le cas, le Ministre statue sur la résolution ou le remboursement, selon le cas.

Cette décision est notifiée sans délai au prestataire concerné.

Art. 22. - Si le prestataire a l'intention de ne pas continuer à fournir la prestation, il en informe l'Office par écrit au moins douze mois avant la fin projetée de la prestation de services.

CHAPITRE 7. — DISPOSITIONS FINALES

Art. 23. - Sont abrogés :

1° l'arrêté royal du 30 mars 1973 déterminant les règles communes à suivre pour fixer les subventions journalières allouées pour l'entretien, l'éducation et le traitement des mineurs d'âge et des handicapés placés à charge des pouvoirs publics, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 31 janvier 2019;

2° l'arrêté du Gouvernement du 12 décembre 1997 relatif à l'organisation et au subventionnement des centres de jour pour personnes handicapées, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 31 janvier 2019;

3° l'arrêté du Gouvernement du 20 février 2014 fixant les modalités pour les conventions-cadres relatives à la subvention des associations et établissements actifs dans le secteur des personnes handicapées, modifié par les arrêtés des 31 janvier 2019 et 27 juin 2019;

4° l'arrêté ministériel du 24 avril 1973 déterminant, en ce qui concerne le Ministère de la Santé publique et de la Famille, les règles particulières à suivre pour fixer les subventions journalières allouées pour l'entretien et le traitement des handicapés placés à charge des pouvoirs publics, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 5 mai 1995.

Art. 24. - Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2020.

Art. 25. - Le Ministre compétent en matière d'Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 12 décembre 2019.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,

A. ANTONIADIS

Annexe à l'arrêté du Gouvernement du 12 décembre 2019 relatif aux conventions de prestations conclues entre l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée et les prestataires

Attribution des échelles de traitement figurant dans l'annexe 1re de l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subvention des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé

Fonction (h/f)	Condition d'accès/de diplôme	N° échelle de traitement
A. Personnel éducatif		
Éducateur de classe I	Titulaires d'un diplôme ou d'une attestation de fin d'études de l'enseignement supérieur à orientation pédagogique, psychologique, sociale ou paramédicale, au moins de type court, de plein exercice ou de promotion sociale	13

Fonction (h/f)	Condition d'accès/de diplôme	N° échelle de traitement
A. Personnel éducatif		
Éducateur de classe II A	Titulaires d'un des titres suivants : - diplôme de fin d'études ou attestation d'études de l'enseignement secondaire supérieur dans les sections pédagogie, sciences sociales, paramédicales ou éducatives; - brevet d'infirmier; - diplôme équivalent dans lesdites orientations, obtenu dans le cadre d'une formation continuée ou d'une formation complémentaire - formation complémentaire modulaire de l'Office pour une vie autodéterminée.	8
Collaborateurs ayant des fonctions éducatives	Avoir terminé la formation complémentaire modulaire de l'Office pour une vie autodéterminée.	8
Éducateur de classe II B	Titulaire d'un diplôme ou d'une attestation de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur (formation générale ou technique). L'activité d'éducateur ne peut être exercée pendant plus de cinq années consécutives. Pendant cette période, le collaborateur doit participer soit à la formation complémentaire modulaire soit à une formation pour acquérir la qualification d'éducateur de classe II A ou I A.	8
Éducateur de classe III	Titulaire d'un des titres suivants : - diplôme ou certificat de l'enseignement secondaire inférieur (formation générale ou technique); - brevet, certificat ou attestation de fin d'études (terminées avec fruit) de l'enseignement secondaire supérieur professionnel; - certificat de garde-malade ou brevet d'hospitalier ou brevet d'assistant en soins hospitaliers (h/f).	7
Éducateur en chef	Titulaire d'un bachelors en pédagogie, psychologie, sociologie ou sciences paramédicales et avoir exercé, pendant trois ans, des activités éducatives dans des établissements pour personnes dépendantes. Cet emploi ne peut être octroyé par l'Office pour une vie autodéterminée que lorsque les activités éducatives de l'établissement sont aussi exercées dans une antenne ou dans le cadre d'un projet spécifique.	13 bis
B. Personnel directeur		
Directeur ou responsable	Bachelors dans un des domaines mentionnés sous A ou sous D.	14
Directeur/Master	Un master ou une licence dans les domaines mentionnés sous D.	16
C. Personnel administratif et d'entretien		
Agent administratif	- Titulaire d'un diplôme ou d'une attestation de fin d'études de l'enseignement secondaire inférieur (formation générale ou technique)	4

Fonction (h/f)	Condition d'accès/de diplôme	N° échelle de traitement
A. Personnel éducatif		
Rédacteur	Titulaire - d'un diplôme ou d'une attestation de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur (formation générale ou technique); - d'une attestation de réussite délivrée par l'Office de l'emploi à l'issue d'une formation d'employé de bureau polyvalent; - d'un certificat de fin d'apprentissage (<i>Gesellenbrief</i>) en tant que commissionnaire de transport.	5
Comptable de 2 ^e classe	Titulaire - d'un diplôme ou d'une attestation de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur (formation générale ou technique), section commerciale; - d'une attestation de réussite délivrée par l'Office de l'emploi à l'issue d'une formation d'aide comptable suivie avec fruit; - d'un certificat de fin d'apprentissage (<i>Gesellenbrief</i>) en tant que comptable.	6
Ouvrier d'entretien	Ouvrier non qualifié	2
Ouvrier d'entretien qualifié	Ouvrier avec expérience professionnelle, sans diplôme ou attestation de fin d'études	2
Premier ouvrier qualifié	Ouvrier qualifié - titulaire d'un diplôme ou d'une attestation de fin d'études (terminées avec fruit) de l'enseignement secondaire supérieur (formation professionnelle ou technique); - titulaire d'un certificat de fin d'apprentissage dans les classes moyennes (<i>Gesellenbrief</i>); - titulaire d'un certificat de praticien dans les Classes moyennes (<i>Praktikerzertifikat</i>) avec 3 années d'expérience professionnelle dans le domaine. Ouvrier d'entretien qualifié avec aptitude correspondante : - justifiant d'une expérience utile d'au moins 5 ans dans le domaine et acquise dans son propre service - justifiant d'une expérience utile d'au moins 10 ans dans le domaine.	3
D. Fonctions spécifiques		
Travailleur social ou assistant social	Graduat ou bachelor dans ce domaine	13
Infirmier A2	Titulaires d'un brevet d'infirmier	11
Infirmier A1	Graduat ou bachelor dans ce domaine	13
Kinésithérapeute	Graduat ou bachelor dans ce domaine	13
Logopède	Graduat ou bachelor dans ce domaine	13
Ergothérapeute	Graduat ou bachelor dans ce domaine	13
Assistant en psychologie	Graduat ou bachelor dans ce domaine	13
Psychomotricien	Graduat ou bachelor dans ce domaine	13

Fonction (h/f)	Condition d'accès/de diplôme	N° échelle de traitement
A. Personnel éducatif		
Puériculteur	Diplôme dans ce domaine ou assistant en maternelle ou garde d'enfants	8
Aide familiale et sanitaire	Diplôme dans ce domaine	8
Aide familiale et seniors	Diplôme dans ce domaine	8
Aide-soignant	Diplôme dans ce domaine	8
Master en psychologie	Master ou licence	15
Master en pédagogie	Master ou licence	15
Master en kinésithérapie	Master ou licence	15
Master en sociologie	Master ou licence	15
Master en logopédie	Master ou licence	15
Médecin généraliste	Titulaire du diplôme de docteur en médecine, chirurgie et accouchements	17
Médecin spécialiste	Titulaire du diplôme de docteur en médecine, chirurgie et accouchements ainsi que d'une spécialisation requise conformément à l'avis de la commission d'agrément des médecins spécialistes	18

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 12 décembre 2019 relatif aux conventions de prestations conclues entre l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée et les prestataires.

Eupen, le 12 décembre 2019.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/200480]

12 DECEMBER 2019. — Besluit van de Regering betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, artikel 12, artikel 14, artikel 18, § 1, en artikel 45, tweede lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 30 maart 1973 tot bepaling van de te volgen gemeenschappelijke regels voor de vaststelling van de toelagen per dag toegekend voor onderhoud, opvoeding en behandeling van minderjarigen en van gehandicapten geplaatst ten laste van de openbare besturen;

Gelet op het besluit van de Regering van 12 december 1997 betreffende de organisatie en de subsidiëring van de dagcentra voor mindervaliden;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 februari 2014 tot vaststelling van de nadere regels voor raamovereenkomsten over de subsidiëring van verenigingen en inrichtingen voor personen met een handicap;

Gelet op het ministerieel besluit van 24 april 1973 tot bepaling, wat betreft het Ministerie van Volksgezondheid en van het Gezin, van de te volgen bijzondere regels voor de vaststelling van de toelagen per dag, toegekend voor het onderhoud en de behandeling van de gehandicapten, geplaatst ten laste van de openbare besturen;

Gelet op het voorstel van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, gegeven op 23 augustus 2019;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 19 september 2019;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 20 september 2019;

Gelet op advies 66.658/3 van de Raad van State, gegeven op 19 november 2019, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Gelet op advies 184/2019 van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 29 november 2019;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1. - Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1^o Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

2^o decreet: het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

3^o dienstverrichters: de diensten of instellingen die overeenkomstig artikel 12 van het decreet erkend zijn, met uitzondering van de beschermde werkplaatsen in de zin van artikel 47 van het koninklijk besluit van 5 juli 1963 betreffende de sociale reclassering van de mindervaliden;

4^o dienstverleningsovereenkomst: een overeenkomst die overeenkomstig artikel 14, § 2, tussen de Dienst voor zelfbeschikkend leven en een dienstverrichter is gesloten;

5^o Minister: de minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor Sociale Aangelegenheden;

6^o persoon met ondersteuningsbehoefte: de gebruiker vermeld in artikel 3, 3^o, van het decreet.

Art. 2. - Dit besluit is alleen van toepassing op dienstverrichters die een dienstverleningsovereenkomst sluiten of hebben gesloten met de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

Art. 3. - De Dienst voor zelfbeschikkend leven kan dienstverleningsovereenkomsten sluiten met dienstverrichters voor minstens één jaar en hoogstens vijf jaar.

Art. 4. - § 1 - Met het oog op het sluiten van een dienstverleningsovereenkomst verricht de dienstverrichter minstens één van de ondersteuningsmaatregelen vermeld in artikel 12 van het decreet, zoals die in de paragrafen 2 tot 7 nader gepreciseerd worden.

§ 2 - Het therapeutisch aanbod vermeld in artikel 12, 1^o, van het decreet waarborgt minstens :

1^o een doelgroepgerichte, holistische en transdisciplinaire werkwijze;

2^o de toepassing van diagnoseprocedures;

3^o de uitvoering van een individueel en in de tijd beperkte therapeutische begeleiding;

4^o het betrekken van de sociale en familiale omgeving bij de therapeutische begeleiding.

Als het gaat om een aanbod voor vroege ondersteuning, dan biedt de dienstverrichter bovendien een psycho-sociale ondersteuning en begeleiding aan.

§ 3 - De instellingsgebonden woonvormen vermeld in artikel 12, 2^o, van het decreet waarborgen minstens :

1^o thuisvervangende woonstructuren in zo klein mogelijke groepen;

2^o individuele slaapkamers;

3^o hygiëne, zorg en paramedische en medische verzorging;

4^o aan de behoeften aangepaste maaltijden op de gebruikelijke tijdstippen;

5^o een nachtoppas;

6^o psycho-sociale ondersteuning en begeleiding;

7^o activiteiten die overeenstemmen met de interesses en de doelstellingen uit het ondersteuningsplan van de persoon met ondersteuningsbehoefte, met inbegrip van:

a) het stimuleren van de deelname aan en participatie in het gemeenschappelijke samenleven;

b) de inclusie van de bewoners in de maatschappij;

c) het stimuleren van zelfbeschikking en deelname van de bewoners;

8^o het personenvervoer tussen de dienstverrichting en externe activiteiten;

9^o aanbod in de zin van paragraaf 5.

§ 4 - De instellingsgebonden vormen van werkgelegenheid vermeld in artikel 12, 3^o, van het decreet zijn:

1^o diensten voor dagwerk of;

2^o gespecialiseerde vormen van werkgelegenheid.

De diensten voor dagwerk vermeld in het eerste lid, 1^o, waarborgen minstens:

1^o de activering en activiteiten voor de socio-professionele en culturele inclusie van de persoon met ondersteuningsbehoefte in de maatschappij;

2° tewerkstellingsaanbod dat overwegend niet blootgesteld is aan directe concurrentie;

3° de zorg, begeleiding en psycho-sociale ondersteuning;

4° een dagelijkse warme maaltijd;

5° een oriëntering naar socio-professionele voorbereidings- en kwalificatieprojecten, opleidingsstages buiten de instelling en opleidingen in een beschutte werkplaats;

6° het personenvervoer tussen de gewone verblijfplaats van de persoon en de dienstverrichting, alsook tussen de dienstverrichting en externe activiteiten.

De gespecialiseerde vormen van werkgelegenheid vermeld in het eerste lid, 2°, waarborgen minstens:

1° een tewerkstelling op basis van het besluit van de Regering van 10 september 1993 houdende oprichting en regeling van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van de mindervaliden in het arbeidsproces, op basis van het besluit van de Regering van 28 november 1995 betreffende de stages tot beroepsreadaptatie van gehandicapten of op basis van het besluit van de Regering van 18 januari 2002 betreffende de oriëntatiestage;

2° tewerkstellingsaanbod waarvan de producten blootgesteld zijn aan directe concurrentie;

3° de begeleiding van een gedefinieerde doelgroep;

4° redelijke en aangepaste werkvoorwaarden en werkmiddelen, met inbegrip van een kleinschalige groep;

5° voortdurende scholing van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

6° begeleiding en psycho-sociale ondersteuning.

§ 5 - Het ondersteuningsaanbod en het aanbod om belasting te verminderen vermeld in artikel 12, 4°, van het decreet waarborgen minstens:

1° de begeleiding van een gedefinieerde doelgroep, in zo klein mogelijke groepen;

2° de hygiëne en zorg;

3° aan de behoeften aangepaste maaltijden op de gebruikelijke tijdstippen;

4° een nachtoppas en een slaapkamer met hoogstens twee bedden, voor zover overnachting aangeboden wordt;

5° een psycho-sociale ondersteuning en begeleiding;

6° het personenvervoer tussen de vestigingsplaatsen en de activiteiten;

7° activiteiten die overeenstemmen met de interesses en de doelstellingen uit het ondersteuningsplan van de persoon met ondersteuningsbehoefte, met inbegrip van:

a) het stimuleren van de deelname aan en participatie in het gemeenschappelijke samenleven;

b) de inclusie van de bewoners in de maatschappij;

c) het stimuleren van zelfbeschikking en deelname van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

8° voor zover de dienstverleningsovereenkomst hierin voorziet:

a) het personenvervoer van oppikplaatsen naar de dienstverrichting en terug;

b) een werk dat aangepast is aan de doelgroep;

c) gespecialiseerde ondersteuning van andere dienstverrichters voor de begeleide personen.

§ 6 - Het in artikel 12, 5°, van het decreet vermelde aanbod op het gebied van zelfhulp, zelfbeschikking, bewustwording, vrije tijd en onderwijs en opleiding wordt geconcipieerd als een inclusief aanbod. De dienstverrichter biedt hiertoe redelijke aanpassingen in de zin van artikel 3, 9°, van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie aan.

De meerderheid van de personen met ondersteuningsbehoefte is stemgerechtigd in de beslissingsorganen van de dienstverrichter.

§ 7 - Het in artikel 12, 6°, van het decreet vermelde gespecialiseerd aanbod op het gebied van personenvervoer waarborgt voor de toepassing van dit besluit een personenvervoer op maat voor personen met ondersteuningsbehoefte die geen gebruik kunnen maken van het openbaar vervoer of van ander vervoer dat georganiseerd wordt door privé-ondernemingen.

Art. 5. - De Dienst voor zelfbeschikkend leven keurt de gebruikmaking van de dienstverstrekkings vermeld in artikel 12, 2° tot 4°, van het decreet vooraf goed op basis van de behoefteanalyse die wordt opgesteld overeenkomstig artikel 7 van het decreet en op basis van het ondersteuningsplan.

Art. 6. - De dienstverrichters zetten een kwaliteitsmanagementsysteem op. Dat omvat het volledige aanbod van de betrokken dienstverrichter.

De eisen m.b.t. het kwaliteitsmanagementsysteem worden vastgelegd in de dienstverleningsovereenkomst; daarbij wordt minstens rekening gehouden met de te verrichten diensten en het Verdrag inzake de rechten van personen met een handicap en het Facultatief Protocol, gedaan te New York op 13 december 2006.

HOOFDSTUK 2. — OPMAAK VAN DE DIENSTVERLENINGSOVEREENKOMST

Art. 7. - Voordat een dienstverleningsovereenkomst wordt gesloten, evalueert de Dienst voor zelfbeschikkend leven in overleg met de betrokken dienstverrichter de werkzaamheden en de werkwijze van de betrokken dienstverrichter.

Die evaluatie omvat een analyse van het huidige aanbod van de dienstverrichter, van de toekomstige vraag naar diensten, van de tevredenheid van de persoon met ondersteuningsbehoefte en, in voorkomend geval, van de uitvoering van de vorige dienstverleningsovereenkomst.

Art. 8. - Als de opdracht onveranderd blijft, bezorgt de dienstverrichter elk jaar uiterlijk op 1 juni een raming van de ontvangsten en uitgaven voor het volgende jaar aan de Dienst voor zelfbeschikkend leven. Die wordt aangevuld met een overzicht van eventuele wijzigingen in de dienstverstrekkings.

Art. 9. - In het kader van de evaluatie die met toepassing van artikel 7 wordt gemaakt, stelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven een ontwerp van dienstverleningsovereenkomst op die als werkbasis dient voor de onderhandelingen met de dienstverrichter.

Art. 10. - Als er op het tijdstip van de vaststelling van de initiële begroting van de Dienst voor zelfbeschikkend leven geen dienstverleningsovereenkomst is gesloten, kan de Dienst voor zelfbeschikkend leven - met instemming van de betrokken dienstverrichter - de opdrachten, maatregelen en aangeboden diensten bij wijze van overgangsmaatregel op basis van de inhoud van de vorige overeenkomst vastleggen voor een maximale duur van zes maanden.

Zodra de dienstverleningsovereenkomst is gesloten, vervangt ze direct en van rechtswege de maatregelen die de Dienst voor zelfbeschikkend leven overeenkomstig het eerste lid heeft vastgelegd.

HOOFDSTUK 3. — INHOUD VAN DE DIENSTVERLENINGSOVEREENKOMST

Art. 11. - Op basis van de evaluatie die met toepassing van artikel 7 wordt gemaakt, regelt de dienstverleningsovereenkomst minstens de volgende aspecten :

- 1° welke van de in artikel 4 vermelde diensten verstrekt wordt;
- 2° welke procedure moet worden gevolgd om gebruik te maken van de aangeboden dienst;
- 3° de nadere regels voor de samenwerking met de Dienst voor zelfbeschikkend leven;
- 4° welke aard van documentatie voor de subsidiëring noodzakelijk is en in welke vorm die documentatie moet worden verstrekt;
- 5° de omvang van de dienstverstrekking;
- 6° het bedrag van de subsidie;
- 7° de persoonlijke participatie van de persoon met ondersteuningsbehoefte;
- 8° de nadere regels voor de betaling en terugvordering;
- 9° de evaluatie.

Art. 12. - § 1 - De dienstverleningsovereenkomst bepaalt, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, de hoogste subsidie van de Dienst voor zelfbeschikkend leven die door de uitvoering van de dienstverleningsovereenkomst ontstaat.

Het bedrag van de subsidie wordt vastgesteld met inachtneming van de mogelijke ontvangsten en de te verwachten kosten voor de aangeboden diensten. Ontvangsten uit giften en ontvangsten van de gemeenten worden niet meegeteld. Ontvangsten op basis van activiteiten die geen direct of indirect verband houden met de activiteiten die met toepassing van dit besluit gesubsidieerd worden, worden uitdrukkelijk in de dienstverleningsovereenkomst bepaald en worden evenmin meegeteld.

§ 2 - De subsidie wordt uitbetaald na onderzoek van de in artikel 18 vermelde documenten die betrekking hebben op het jaar van de dienstverleningsovereenkomst. De uitbetaling geschiedt uiterlijk op 30 juni van het jaar dat volgt op het jaar waarop de dienstverleningsovereenkomst betrekking heeft.

§ 3 - De Dienst voor zelfbeschikkend leven kan een in de dienstverleningsovereenkomst afzonderlijk vermeld gedeelte van de subsidie uitbetalen in de loop van het jaar waarop de dienstverleningsovereenkomst betrekking heeft. De nadere regels voor de uitbetaling en berekening van de subsidie worden in de dienstverleningsovereenkomst bepaald.

§ 4 - Voor de toewijzing van de weddeschalen bepaald in het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" worden de voor de toepassing van dit besluit geldende functies en toegangswaarden gepreciseerd in de bijlage.

Art. 13. - De regeling voor de persoonlijke participatie van de begeleide persoon met ondersteuningsbehoefte in de kosten van de afgesproken dienstverstrekking wordt in de dienstverleningsovereenkomst vastgelegd overeenkomstig het besluit van de Regering van 17 december 2009 tot vastlegging van de persoonlijke participatie in de inrichtingen en diensten van de Duitstalige Gemeenschap voor gehandicapten.

HOOFDSTUK 4. — UITBETALING VAN WEDDEN DOOR DE DIENST VOOR ZELFBESCHIKKEND LEVEN

Art. 14. - De Dienst voor zelfbeschikkend leven betaalt de lonen rechtstreeks uit aan de personeelsleden van de dienstverrichters die ressorteren onder het paritair subcomité 319.02 voor de opvoedings- en huisvestingsinrichtingen en -diensten van de Franse Gemeenschap, het Waalse Gewest en de Duitstalige Gemeenschap. Ook de daarmee gepaard gaande sociale lasten betaalt hij rechtstreeks uit aan de primaire schuldeisers.

Art. 15. - De berekening en uitbetaling geschiedt met toepassing van de personeelssubsidies vastgelegd in het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid", vermeerderd met de bedragen die voortvloeien uit de toepasselijke tariefovereenkomsten en bedrijfsinterne regelingen.

Art. 16. - De dienstverrichter betaalt de in artikel 14 vermelde uitgaven volledig terug binnen een termijn die in de dienstverleningsovereenkomst is vastgelegd, maar uiterlijk op 30 juni van het volgende jaar.

Art. 17. - § 1 - Voor de berekening en de uitbetaling van de lonen verwerkt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de volgende gegevens over de personeelsleden van de in artikel 14 vermelde dienstverrichters:

- 1° naam, voornaam, geboortedatum, geboorteplaats, woonplaats, rijksregisternummer, nationaliteit(en);
- 2° kopie van de identiteitskaart;
- 3° eventuele handicap;
- 4° burgerlijke staat en gezinssamenstelling;
- 5° aantal personen ten laste, hun sociaal statuut en gegevens over eventuele handicap van die personen;
- 6° inkomenssituatie van de partner, sociaal statuut van de partner en gegevens over eventuele handicap van de partner;
- 7° identificatie van de dienstverrichter;
- 8° werkovereenkomst;
- 9° datum van indiensttreding;
- 10° arbeidsattesten;
- 11° toepasselijke arbeidstijdregeling;
- 12° toepasselijke functie overeenkomstig de bijlage van dit besluit en overeenkomstig het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid";
- 13° brutojaarloon;
- 14° voortbewegingsmiddel dat gebruikt wordt om het traject tussen woonplaats en werkplek af te leggen;
- 15° behaalde diploma's, certificaten of andere kwalificaties;
- 16° het aantal werkelijk per maand gepresteerde en betaalde werkdagen of werkuren en de gewettigde afwezigheden;
- 17° aard en bedrag van alle andere loonsubsidies van de overheid en externe financieringen;
- 18° ziekenfonds waarbij het personeelslid aangesloten is;
- 19° gegevens over het arbeidsgeneeskundig onderzoek;
- 20° gegevens in geval van een arbeidsongeval;
- 21° benaming van de bank en bankrekeningnummer.

De dienstverrichters bezorgen de gegevens vermeld in het eerste lid op verzoek aan de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters treden op als gezamenlijke verantwoordelijken voor de toepassing van het eerste lid.

§ 2 - Onverminderd andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaartermijn voorzien, worden de gegevens vermeld in paragraaf 1 tot hoogstens tien jaar na het overlijden van het betrokken personeelslid bewaard.

HOOFDSTUK 5. — *CONTROLEBEPALINGEN*

Art. 18. - De dienstverrichter bezorgt de Dienst voor zelfbeschikkend leven uiterlijk op 15 mei van het daaropvolgende jaar :

- 1° een jaarafrekening, een resultatenrekening en een saldibalans;
- 2° een jaarverslag van de dienstverrichter.

De dienstverrichter verleent de Dienst voor zelfbeschikkend leven op verzoek inzage in alle boekhoudkundige documenten die verband houden met de dienstverleningsovereenkomst.

De dienstverrichter informeert de Dienst voor zelfbeschikkend leven binnen een maand na besluitvorming over alle wijzigingen van de volmachten om die dienstverleningsovereenkomst te ondertekenen.

HOOFDSTUK 6. — *GEVOLGEN VAN DE NIET-NAKOMING VAN DE DIENSTVERLENINGSOVEREENKOMST EN EINDE VAN DE DIENSTVERLENINGSOVEREENKOMST*

Art. 19. - Als de Dienst voor zelfbeschikkend leven vaststelt dat de dienstverrichter één of meer verplichtingen van het decreet, van dit besluit of van de dienstverleningsovereenkomst niet nakomt of bepalingen ervan overtreedt, stelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de dienstverrichter in gebreke om die verplichtingen binnen een door de Dienst voor zelfbeschikkend leven vastgestelde termijn na te komen en binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ingebrekestelling, zijn standpunt omtrent de ten laste gelegde feiten te kennen te geven.

Art. 20. - Als de dienstverrichter na de ingebrekestelling vermeld in artikel 19 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Dienst voor zelfbeschikkend leven de betaling van de subsidies geheel of gedeeltelijk.

Vóór de schorsing deelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de betrokken dienstverrichter zijn voornemen aangetekend mee. De dienstverrichter kan binnen dertig dagen na de toezending van dat voornemen een met redenen omkleed standpunt indienen bij de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het standpunt, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Dienst voor zelfbeschikkend leven of de betaling wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de betrokken dienstverrichter.

Art. 21. - Indien de dienstverrichter na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 20 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, ontbindt de Minister de dienstverleningsovereenkomst na een advies van de Dienst voor zelfbeschikkend leven en/of vordert hij zo nodig subsidies terug die uitbetaald werden voor diensten die niet geleverd werden.

Vóór de ontbinding of, naargelang van het geval, vóór de terugvordering deelt de Minister de betrokken dienstverrichter zijn voornemen aangetekend mee. De dienstverrichter kan binnen dertig dagen na de toezending van dat voornemen een met redenen omkleed standpunt indienen bij de Minister.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het standpunt, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister over de ontbinding of, naargelang van het geval, over de terugvordering.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de betrokken dienstverrichter.

Art. 22. - Als de dienstverrichter van plan is om de dienst niet langer te verstrekken, brengt hij de Dienst voor zelfbeschikkend leven minstens twaalf maanden vóór het geplande einde van de dienstverstrekking daarvan op de hoogte.

HOOFDSTUK 7. — SLOTBEPALINGEN

Art. 23. - Opgeheven worden:

1° het koninklijk besluit van 30 maart 1973 tot bepaling van de te volgen gemeenschappelijke regels voor de vaststelling van de toelagen per dag toegekend voor onderhoud, opvoeding en behandeling van minderjarigen en van gehandicapten geplaats ten laste van de openbare besturen, laatstelijk gewijzigd bij besluit van de Regering van 31 januari 2019;

2° het besluit van de Regering van 12 december 1997 betreffende de organisatie en de subsidiëring van de dagcentra voor mindervaliden, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 31 januari 2019;

3° het besluit van de Regering van 20 februari 2014 tot vaststelling van de nadere regels voor raamovereenkomsten over de subsidiëring van verenigingen en inrichtingen voor personen met een handicap, gewijzigd bij de besluiten van 31 januari 2019 en 27 juni 2019;

4° het ministerieel besluit van 24 april 1973 tot bepaling, wat betreft het Ministerie van Volksgezondheid en van het Gezin, van de te volgen bijzondere regels voor de vaststelling van de toelagen per dag, toegekend voor het onderhoud en de behandeling van de gehandicapten, geplaats ten laste van de openbare besturen, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 5 mei 1995.

Art. 24. - Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2020.

Art. 25. - De minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 12 december 2019.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën,

O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,

A. ANTONIADIS

Bijlage bij het besluit van de Regering van 12 december 2019 betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters

Toewijzing van de weddeschalen die zijn vastgelegd in bijlage 1 van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid"

Functie	Toegangsvoorwaarde/diplomaveerste	Nr van de weddeschaal
A. Opvoedend personeel		
Opvoeder klasse I (m/v)	Houder van een einddiploma of studieattest van het hoger onderwijs, ten minste een onderwijs met volledig leerplan van het korte type of cursussen voor sociale promotie van het korte type; studierichtingen: pedagogie, psychologie, sociale of paramedische wetenschappen	13
Opvoeder klasse IIA (m/v)	Houder van één der volgende diploma's: - een einddiploma of een studieattest van het hoger secundair onderwijs in de studierichtingen pedagogie, sociale of paramedische wetenschappen of opvoeding; - een brevet van verpleegkundige; - een gelijkwaardig diploma in de vermelde richtingen, behaald via bijscholing of een aanvullende opleiding; - een afgesloten modulaire aanvullende opleiding van de Dienst voor zelfbeschikkend leven.	8
Medewerkers met opvoedende functies (m/v)	De modulaire aanvullende opleiding van de Dienst voor zelfbeschikkend leven afgesloten hebben.	8

Functie	Toegangsvoorwaarde/diplomaveeiste	Nr van de weddeschaal
A. Opvoedend personeel		
Opvoeder klasse IIB (m/v)	<p>Houder van een einddiploma of studieattest van het hoger secundair onderwijs (algemene of technische opleiding).</p> <p>De activiteit als opvoeder mag niet langer dan 5 opeenvolgende jaren uitgeoefend worden. In de loop van die periode zijn de medewerkers ertoe verplicht ofwel deel te nemen aan de modulaire aanvullende opleiding of aan een opleiding om de kwalificatie als opvoeder klasse IIA of IA te verwerven.</p>	8
Opvoeder klasse III (m/v)	<p>Houder van één van de volgende bekwaamheidsbewijzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - diploma of getuigschrift van het lager secundair onderwijs (algemene of technische opleiding) - brevet, getuigschrift of studieattest van het hoger secundair beroepsonderwijs (met vrucht beëindigd). - getuigschrift van ziekenoppasser of brevet van ziekenhuisbediende/brevet van ziekenhuisassistent. 	7
Hoofdopvoeder (m/v)	<p>Houder van een bachelordiploma in de pedagogie, psychologie, sociologie of paramedische wetenschappen + gedurende drie jaar educatieve activiteiten uitgeoefend hebben in instellingen voor personen met ondersteuningsbehoefte.</p> <p>Die betrekking kan uitsluitend door de Dienst voor zelfbeschikkend leven toegewezen worden als de educatieve activiteiten van de inrichting ook in een filiaalinstelling of in het kader van een bijzonder project uitgeoefend worden.</p>	13 bis
B. Leidend personeel		
Directeur of verantwoordelijke (m/v)	Een bachelor- of graduaatdiploma in één van de gebieden vermeld in A of D.	14
Directeur/master (m/v)	Een master- of licentiaatsdiploma in de gebieden vermeld in D.	16
C. Administratief personeel en onderhoudspersoneel		
Administratief medewerker (m/v)	Houder van een einddiploma of studieattest van het lager secundair onderwijs (algemene of technische opleiding)	4
Opsteller (m/v)	<p>Houder van</p> <ul style="list-style-type: none"> - een einddiploma of studieattest van het hoger secundair onderwijs (algemene of technische opleiding); - een attest van de dienst voor arbeidsbemiddeling dat men geslaagd is voor een opleiding tot polyvalente kantoorbediende; - houder van een eindeleertijdsgetuigschrift van de Middenstand (Gesellenbrief) als vervoercommissienair. 	5

Functie	Toegangsvoorwaarde/diplomaverreichte	Nr van de weddeschaal
A. Opvoedend personeel		
Boekhouder 2de klasse (m/v)	Houder - van een eindexamen of studieattest van het hoger secundair onderwijs (algemene of technische opleiding), studierichting handel; - van een attest uitgereikt door de Dienst voor arbeidsbemiddeling na een met vrucht gevolgde opleiding tot hulpboekhouder; - van een eindexamensdiploma van de Middenstand (Gesellenbrief) als boekhouder.	6
Onderhoudswerkman (m/v)	Ongeschoold werkman	2
Geschoold onderhoudswerkman (m/v)	Werkman met beroepservaring zonder eindexamen of studieattest	2
Eerste geschoold werkman (m/v)	Geschoold werkman - houder van een eindexamen of studieattest (waaruit blijkt dat de studies met vrucht zijn gevolgd) van het hoger secundair onderwijs (technische of beroepsopleiding); - houder van een eindexamensdiploma van de middenstandopleiding (Gesellenbrief); - houder van een praktijkcertificaat van de middenstandopleiding met 3 jaar nuttige beroepservaring; Geschoold onderhoudswerkman met overeenstemmende bekwaamheid: - met minstens 5 jaar nuttige beroepservaring verworven in de eigen dienst; - met minstens 10 jaar nuttige beroepservaring.	3
D. Bijzondere functies		
Maatschappelijk werker/maatschappelijk assistent (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Verpleegkundige A2 (m/v)	Houder van een brevet van verpleegkundige	11
Verpleegkundige A1 (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Kinesitherapeut (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Logopedist (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Ergotherapeut (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Assistent in de psychologie (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Therapeut in psychomotoriek (m/v)	Graduaat of bachelor in dat gebied	13
Kinderverzorger (m/v)	Diploma in dat gebied of kleuterschool-assistent of kinderbegeleider (m/v)	8
Gezins- en sanitaire hulp (m/v)	Diploma in dat gebied	8
Gezins- en bejaardenhelp(st)er (m/v)	Diploma in dat gebied	8
Zorgkundige (m/v)	Diploma in dat gebied	8
Master in de psychologie	Master- of licentiaatsdiploma	15

Master in de pedagogie	Master- of licentiaatsdiploma	15
Master in de kinesitherapie	Master- of licentiaatsdiploma	15
Master in de sociologie	Master- of licentiaatsdiploma	15
Master in de logopedie	Master- of licentiaatsdiploma	15
Huisarts (m/v)	Houder van het diploma van doctor in de genees-, heel- en verloskunde	17
Arts-specialist (m/v)	Houder van het diploma van doctor in de genees-, heel- en verloskunde alsmede van een specialisatie die vereist is overeenkomstig het advies van de erkenningscommissie van artsen-specialisten	18

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van 12 december 2019 betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters.

Eupen, 12 december 2019.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

ANDERE BESLUITEN — AUTRES ARRETES

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BUITENLANDSE ZAKEN, BUITENLANDSE HANDEL EN ONTWIKKELINGSSAMENWERKING

[C – 2020/30152]

Raad van Adel. — Ontslag. — Benoeming

Bij koninklijk besluit van 13 oktober 2019 wordt aan de heer Carl Peeters eervol ontslag uit het ambt van griffier van de Raad van Adel verleend en wordt hij gemachtigd de ereftitel van zijn functie te dragen.

Bij hetzelfde besluit wordt de heer Boudewijn Dereymaeker benoemd tot griffier van de Raad van Adel.

Dit besluit treedt in werking op 15 november 2019.

SERVICE PUBLIC FEDERAL AFFAIRES ETRANGERES, COMMERCE EXTERIEUR ET COOPERATION AU DEVELOPPEMENT

[C – 2020/30152]

Conseil de Noblesse. — Démission. — Nomination

Par arrêté royal du 13 octobre 2019, démission honorable de ses fonctions de greffier du Conseil de Noblesse est accordée à M. Carl Peeters. Il est autorisé à porter le titre honorifique de sa fonction.

Par le même arrêté M. Boudewijn Dereymaeker est nommé greffier du Conseil de Noblesse.

Cet arrêté entre en vigueur le 15 novembre 2019.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C – 2020/40333]

Personeel. — Bevordering

Bij koninklijk besluit van 26 januari 2020, wordt mevrouw Anouck RYCKAERT, attaché bij de Federale overheidsdienst Werkgelegenheid, Arbeid en Sociaal Overleg, bevorderd door verhoging naar de hogere klasse in de klasse A2, met de titel van attaché, via federale mobiliteit, bij de Federale overheidsdienst Mobiliteit en Vervoer, in een betrekking van het Nederlandse taalkader, met ingang van 1 mei 2019.

Overeenkomstig de gecoördineerde wetten op de Raad van State kan beroep worden ingediend binnen de zestig dagen na deze bekendmaking. Het verzoekschrift hiertoe dient bij ter post aangetekende brief aan de Raad van State, Wetenschapsstraat 33 te 1040 Brussel te worden toegezonden.

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C – 2020/40333]

Personnel. — Promotion

Par arrêté royal du 26 janvier 2020, Madame Anouck RYCKAERT, attaché au Service public fédéral Emploi, Travail et Concertation sociale est promue par avancement à la classe supérieure dans la classe A2 avec le titre d'attaché, par mobilité fédérale, au Service public fédéral Mobilité et Transports dans un emploi du cadre linguistique néerlandais, à partir du 1^{er} mai 2019.

Conformément aux lois coordonnées sur le Conseil d'Etat, un recours en annulation peut être introduit endéans les soixante jours après cette publication. La requête doit être envoyée sous pli recommandé au Conseil d'Etat, rue de la Science, 33 à 1040 Bruxelles.